

Merkels Pakt gegen Wettbewerb

Lüder Gerken über einen Gipfelbeschluss, der Deutschland teuer zu stehen kommt

Die Bundesrepublik Deutschland hatte bislang dezidiert einen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ als Gegenleistung für Milliardenhilfen an marode Euro-Staaten gefordert. Darin sollten diese Staaten verpflichtet werden, ihre Volkswirtschaften wettbewerbsfähig zu machen. Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten haben auf ihrer Sitzung am vergangenen Freitag diesen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ umgetauft in „Pakt für den Euro“. Das ist nur folgerichtig, denn herausgekommen ist ein Pakt gegen Wettbewerbsfähigkeit.

Der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“, der die Euro-Staaten zu mehr Haushaltsdisziplin zwingen sollte, hatte bereits versagt. Und dies, obwohl er erstens konkrete, verpflichtende Zielvorgaben für die Staaten enthält und zweitens Sanktionen vorsieht, falls dagegen verstoßen wird.

Der „Pakt für den Euro“ enthält noch nicht einmal verpflichtende oder auch nur konkrete Zielvorgaben, geschweige denn Sanktionen. Deutschland hatte Anfang Februar für diesen Pakt sechs Kernpunkte gefordert, unter anderem konkrete Reformen in den Lohnsystemen und in den Rentensystemen maroder Staaten. Nichts davon ist übrig geblieben. Im Gegenteil ist jetzt sogar ausdrücklich vereinbart worden, dass jeder Staat selbst entscheidet, welche Politik er fährt. Der „Pakt für den Euro“ ist schwabbelig wie ein Wackelpudding.

Damit wurde endgültig die letzte Chance vertan, die finanzielle Stützung der maroden Volkswirtschaften Südeuropas an rigide Reformprogramme zu koppeln. Mit solchen Reformprogrammen hätte man zumindest eine gewisse Hoffnung haben können, dass die Finanzhilfen irgendwann einmal wieder eingestellt werden können.

Weil niemand sie zu Reformen zwingen kann, werden die maroden Volkswirtschaften jetzt dauerhaft am Tropf hängen. Voraussetzung ist nur, dass dieser Tropf verlässlich



funktioniert. Der letzte Schritt zu einem auf Ewigkeit angelegten Staatenfinanzausgleich in der EU wurde beim Gipfel daher gleich mitvollzogen: Ein „Europäischer Stabilitätsmechanismus“ kann ab 2013 mit 500 Milliarden Euro hantieren. Davon wird allein Deutschland für bis zu 250 Milliarden Euro, also die Hälfte, geradestehen müssen.

Mit diesem Konstrukt hat man sich auf einen sehr intransparenten Finanzausgleich verständigt. Die Bürger sollen ja möglichst

wenig davon bemerken. Er läuft nicht wie der Länderfinanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland über direkte Zahlungen und Steuerverteilungen, sondern über Kreditgarantien: Deutschland garantiert und haftet für Kredite maroder Staaten.

Der im letzten Jahr ad hoc beschlossene „befristete“ Kreditrahmen für marode Euro-Staaten erhält eine Ewigkeitsgarantie und wird, wie jetzt beschlossen wurde, auf 500 Milliarden Euro verdoppelt.

Beides ist gerade auch deshalb unverzichtbar, weil der „Pakt für den Euro“ nur heiße Luft enthält. Denn mangels Zwang zu Reformen wird die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands, Portugals, aber auch Italiens und zunehmend sogar Frankreichs nicht mit jener von Deutschland gleichziehen. Diese Diskrepanz in der Wettbewerbsfähigkeit in der Euro-Zone äußert sich in großen Leistungsbilanzdefiziten der maroden Volkswirtschaften und entsprechenden Leistungsbilanzüberschüssen Deutschlands.

Die vollmundige Erklärung deutscher Politiker, dass Kreditgarantien über den Europäischen Stabilitätsmechanismus nur als „Ultima Ratio“ gewährt werden, ist Rhetorik. Denn der Fortbestand der Leistungsbilanzdefizite wird zwingend zu permanenten Ultima-Ratio-Situationen führen: Leistungsbilanzdefizite müssen durch Kredite aus dem Ausland finanziert werden. Wenn der internationale Kapitalmarkt den maroden Volkswirtschaften keine ausreichende Bonität mehr attestiert, ist die unausweichliche Folge Insolvenz. Es sei denn, weniger marode Staaten geben Kreditgarantien. Und genau für solche Situationen wurde der Europäische Stabilitätsmechanismus ja geschaffen: Es soll Kreditgarantien zur Vermeidung von Insolvenz geben. Wir werden also dauerhaft Ultima-Ratio-Situationen haben. Das dafür nötige Volumen wurde nunmehr sachgerechterweise verdoppelt.

Längerfristig dürfte nicht einmal das reichen. Denn diese Staaten werden auf Dauer über ihre Verhältnisse leben. Der Bedarf an Kreditgarantien wird über die Zeit steigen.

Die Griechenlandhilfe im Frühjahr 2010 ist ein Trojanisches Pferd, das mit dem „befristeten“ Kreditrahmen vor die Tore der nordeuropäischen Staaten gesetzt wurde. Jetzt ist es endgültig in diese hineingeschoben worden.

Der Autor ist Direktor des Centrums für Europäische Politik. Sei erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com